

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisdorfer Str. 33.
Besuchstunden der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Donnerstag 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
8 Uhr Nachmittags; an Sonn-
und Feiertagen früh bis 9 Uhr.
In den Filialen für Inf. Anzeigen:
Otto Kriem, Lindendammstr. 22,
Louis Köhler, Rathhausstr. 18, p.
nur bis 7 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Preis 15, 250.
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2, halbjährlich 8, jährlich 16.
Nach die Post bezogen 6 1/2.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegblätter 10 Pf.
Schäden für Extrablätter
ohne Postbestimmung 20 Pf.
mit Postbestimmung 40 Pf.
Jahres 40 Pf. Courtpost 20 Pf.
Wirden Schriften laut unserm
Preisverzeichnis - Tabellen etc.
Sach nach höherem Tarif.
Rechnen unter d. Redaction
via Spaltseite 40 Pf.
Jahres 40 Pf. an d. Expedition
zu senden. - Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachnahme.

N^o 354.

Donnerstag den 20. December 1877.

71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Am Sonntag, dem 23. December, sowie an dem ersten Weihnachtstage tritt die Beschränkung der Dienststunden für den Verkehr mit dem Publicum, wie sie allgemein für die Sonn- und Feiertage festgesetzt ist, bei den hiesigen kaiserlichen Postämtern Nr. 1 bis 8 nicht ein.
Leipzig, den 12. December 1877.
Der Kaiserliche Ober-Post-Director.

Bekanntmachung.

unsern festgesetzte Veränderungen des südlichen Bebauungsplanes betreffend.
Unter Zustimmung der Gemeindevertretung haben wir für die künftige Bebauung des Areals, nämlich von der Kochstraße bis zum Kohlenbahnhof einerseits und vom Reyer Thorweg an südlich bis zur Hergengasse mit Sonnenweg andererseits verschiedene Änderungen des hieher bisher aufgestellten Bebauungsplanes beschlossen, und diesen neuen Bebauungsplan in unserem Bureau zu Jedermanns Einsicht 4 Wochen lang ausgelegt.
Widersprüche gegen letzteren Bebauungsplan sind bei deren Verlaß innerhalb jener vierwöchentlichen, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung in den Leipziger Nachrichten an zu berechnenden Frist bei uns schriftlich anzubringen.
Leipzig, den 13. December 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilsch, Ref.

Bekanntmachung.

Von dem zur Begründung einer Festsitzung aller Thomaner vom 5. November 1877 auf Anlaß der Einweihung des neuen Schulhauses für das Gymnasium zu St. Thomas zusammengetretenem Comité ist uns durch den Cassirer desselben Herrn Prof. Dr. Osym als Fonds dieser Stiftung der Betrag von Sieben Tausend Fünfhundert Mark in Cassenanweisungen übergeben worden.
Wir bringen dies hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß wir diese Stiftung, welche den Zweck hat, aus den Einkünften würdigen und bedürftigen Schülern der Thomasschule eine Unterstützung und Beihilfe zu den Kosten ihres Gymnasialbesuchs zu gewähren, an- und in Verwaltung genommen haben, und sprechen zugleich den Begründern der Stiftung hiermit unsern aufrichtigsten Dank aus.
Leipzig, den 18. December 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wilsch, Ref.

Bekanntmachung.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 28. April 1877 bringen wir hierdurch in Erinnerung, daß die Herren Aerzte über die im laufenden Jahre ausgeführten Impfungen für jeden Ort, in welchem sie solche Impfungen vorgenommen haben, eine besondere Liste nach Formular V. und zwar vollständig anzustellen, sowie bis zum Schluß dieses Jahres ohne jede weitere Aufforderung an die zuständige Behörde (also für die hier anstehlichen Bez. für die hiesigen Lehranstalten besuchenden Pflanzlinge außer - Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 16 -) einzureichen, unterbleiben falls aber Geldstrafe bis zu 100 M. zu gewärtigen haben.
Um übrigens eine gehörige Controlle über die nach § 1, Riffer 2 des Impfgesetzes wieder impfpflichtigen Pflanzlinge zu ermöglichen, werden die Herren Aerzte zugleich hierdurch beauftragt, in Colonne 19 jener Liste zu vermerken, welcher Behörde die betreffende Impfung angehört.
Leipzig, am 15. December 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Reichel.

Bekanntmachung.

Die am 27. vor. Mon. zur Vermietung versteigerte Abtheilung Nr. 52 der Landfleischhalle ist vermietet und es werden daher in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die unbenutzten gebliebenen Bieter ihrer Gebote hiermit entlassen.
Leipzig, am 17. December 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Geratti.

Holz-Auction.

Mittwoch den 2. Januar 1878 sollen von Vormittag 9 Uhr an im Forst-Reviere Connewitz auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 6a, 12a, d, f
ca. 76 Rarke Abraum und
150 Schlagreißhölzer, sowie
30 Haufen Rarke Weidenholz
unter den im Termine öffentlich ausgehängenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Reichbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage im Apitzsch, in der Nähe der Hohen Brück; an der Connewitzer Chaussee.
Leipzig, am 17. December 1877.
Des Raths Forst-Deputation.

Leipzig, 19. December.

Die Politik richtet sich nicht nach dem Festhalten, und die harmlose Forderung, daß die Lösung der jetzigen Weltwirren der friedensbedingten Menschheit auf den Weihnachtstisch gelegt werden, scheint zu Wasser werden zu wollen. Das Bild der Lage ist heute wieder einmal trüber, als es sich noch vor einigen Tagen anließ; wir müssen das der Wahrheit gemäß constatieren, um unsere Leser vor Enttäuschungen zu bewahren. Dröhnen in Frankreich gehen die Dinge wohl noch dahin; das republikanische Ministerium richtet sich ein und räumt selbst mit dem Schutte auf, den die Reaction des 16. Mai ausgefahren hatte. Aber bei uns dahier will sich noch in mer nicht lichten; die Kanzlerkrise rührt nicht vom Hüde und Bismarck's Rückkehr ist wieder fraglich geworden; er wird das Weihnachtstfest nicht in Berlin feiern. Und während unsere Reichsboten im Westen auf dem Wege der Besserung sind, steigt jenseits des Canals ein schwarzer Sturm auf; England, durch die Erfolge Russlands aus seiner Ruhe gestört, läßt den Gedank erörtern und die Westposten befehen. Soeben trifft folgendes Telegramm aus London ein:

Der Zusammentritt des Parlamentes ist für den 7. Januar officiell angelegt. — Der „Standard“ sagt: Das Cabinet beschloß, das Parlament drei Wochen eher einzuberufen und denselben Maßregeln vorzulegen, welche der veränderte Stand der orientalischen Frage erfordert, sowie einen Credit von vier Millionen zum Zwecke solcher Bergforderungen der britischen Kriegsmacht, welche die gegenwärtigen Zustände Europas erheischen.

Seit mehreren Tagen macht ein Besuch von sich reden, welchen die Königin Victoria ihrem Premierminister Lord Beaconsfield auf dessen Kanthip Oughenden abstatte. Man weiß, daß Beaconsfield innerhalb des Cabinet's dem wohlwolleren Dey gegenüber den Standpunkt einer entschiedenen Action gegen Russland vertritt. Die Königin hat aus ihren antirussischen Gesinnungen, in denen sie sich mit ihrem verstorbenen Gemahl Prinz Albert begabte, niemals ein Geheimniß gemacht, und ihr Kaiserliche Befehl mit dem Premierminister, ihre persönliche Einreise in dessen Oughenden gilt als ein seltenes Zeichen des Vertrauens und der Anerkennung. In ihrer mehr als vierzigjährigen Regierung (so schreibt man der „Kin. Zig“) hat die Königin selber nur einmal ihre Premier-Minister mit persönlichen Besuchen beehrt. Das erste Mal beehrte sie den Lord Melbourne, ihren persönlichen Freund und vertrauten Rathgeber, in Broad Hall im Jahre 1841, der zweite Besuch, im Jahre 1843, galt dem damaligen Premier Sir Robert Peel in Dreyton. Es sind also vierundzwanzig Jahre verstrichen, ehe sich ein neuer ähnlicher Fall zugetragen, und Carl Beaconsfield darf wohl mit der Befestigung sein. Am Abend an ihren Besuch flanzte die Königin in Oughenden einen Baum und die Prinzessin Beatrice hat bezeugt: — Und ein englisches Blatt, das den Turen durchaus nicht grün ist, „World Dispatch“, hebt ausdrücklich hervor: „Der Besuch der Königin bei Lord Beaconsfield ist ein besonderes Zeichen

der königlichen Achtung für den Premier. Der eble Lord steht gegenwärtig am Hof in hoher Gunst; seine Anwesenheit in der orientalischen Frage finden dort die vollkommenste Billigung. Wäre Herr Gladstone im Amte, so müßte seine Stellung augenblicklich eine höchst unangenehme sein. — Die Actionabsichten der Königin und ihres Ministerpräsidenten, die von der jetzt bestehenden conservativen Partei gebilligt werden, scheinen nun im Ministerrath nach längerem Hin- und Herreden durchgedrungen zu sein, wie aus dem oben mitgetheilten Telegramm erhellt. Das Cabinet hat sich für ein eventuelles Einschreiten Englands entschieden, und das Parlament wird daher, um die Kriegsbereitschaft zu ermöglichen, nicht erst, wie gewöhnlich, im Februar, sondern drei Wochen früher, Mitte Januar, eröffnet werden. Dieser unerwartete Schritt steht mit der türkischen Friedensnote nicht bloß in einem zeitlichen, sondern auch in einem wesentlichen Zusammenhang. Da die Mächte nicht Ruhe machen, sich auf Grund jener Note zu einer Friedensvermittlung herbeizulassen, so droht die Spalte, sich über die Mächte hinweg mit Russland zu verständigen und mit diesem allein die Orientfrage zu lösen. Die „R. Fr. Pr.“, die von den Stimmungen in Konstantinopel unterrichtet sein dürfte, räumt bereits ganz offen die dort herrschende Absicht eines russisch-türkischen Sonderfriedens ein; sie sagt: „Die Spalte dürfte benachrichtigt worden sein, daß sie auf keine Vermittelung von Seiten Englands eine Nacht zu rathen habe. Darüber hat sich die Spalte wohl nunmehr Klarheit verschafft, und insofern wäre die Abweisung der Circular-Depesche wohl keineswegs paradox gewesen. Für eine directe Friedensverhandlung mit Russland hätte nun die ottomanische Regierung einen unantastbaren Rechtsgrund. Sie kann sich Jemen gegenüber, die etwa eine directe Friedensverhandlung noch bevorzugen sollten, darauf berufen, daß man sie geradezu auf diesen Weg verwiesen habe.“ Nicht bestritten man in England mehr, als einen russisch-türkischen Separatfrieden; will man diesem vorbeugen, so scheidet nicht Anders übrig zu bleiben, als offen auf die Seite der Türkei zu treten. Es bleibt abzuwarten, ob man den kräftigen Entschlüssen auch die kräftige That folgen lassen und ob das Parlament die Mittel dazu bewilligen wird. Unwahrscheinlich ist es nicht, daß, wenn nicht noch vorher eine Verständigung mit Russland zu Stande kommt, England diesmal Ernst machen wird. Man glaubt sich dort in seinen eigenen Interessen bedroht, wenn die Russen wirklich den Balkan überschreiten und den Marsch auf Konstantinopel antreten. Selbst die nicht sehr actionslustige „Times“ hat vor einigen Tagen Russland erwarnt, Konstantinopel zu bedrohen, und der „Standard“, dasselbe ministerielle Blatt, welches jetzt die erwähnten Maßregeln der englischen Regierung ankündigt, brachte dieser Tage, gleichsam als Vorläufer derselben, einen mit durchschossener Schrift gedruckten Leitartikel, der sich wie ein Kriegsmantel las. Er erklärte ohne Umschweife: es gebe denen, die da glauben, England würde bei erfolglicher Uberschreitung der Balkan noch fernher neutral bleiben, eine Enttäuschung bevor. Die „Unabhängigkeit Rumäniens“ sogar die „Anbahnung Serbiens“ und die „Freiheit der Bulgaren“ — behauptet

das conservative Organ — betreffe die englischen Interessen nicht. „Aber der Marsch der russischen Heere über den Balkan stellt uns nicht vor unsere Pflichten. Es ist ein Hofen auf den gesunden Menschenverstand, dem heute zu sagen: eine solche Fortsetzung des Feldzuges sei nur die nötige Ergänzung desselben, damit die vollen Früchte des Sieges geerntet werden können. Der Einmarsch der Russen nach Rumelien bedeutet die Bedrohung Konstantinopels, und nichts Anderes. Wäre kein europäischer Diplomat sich in dem Glauben wiegen, daß auch Dies England Nichts angehe, und daß es dieselbe Zurückhaltung bewahren werde wie bei den vorhergehenden Veranlassungen.“ „Ihrer Majestät Regierung — sagte der „Standard“ zum Schluß — wünscht den Frieden, und in dem russischen Siege bei Plewna erblickt sie das natürliche und geziemende Ende des Krieges.“ Im entgegengekehrten Fall erhebe sich zwischen England und England eine Streitfrage der ernsthaftesten Art — Die Streitfrage hat sich, wie man sieht, bereits erhoben. Die orientalische Frage droht sich in bedenklicher Weise zu entwickeln, und wir wollen nur hoffen, daß es auch diesmal der deutschen Diplomatie gelingen möge, ein glückliches Vermittelndes, erlösendes Wort zu sprechen.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 20. December.
Nach der „Nat.-Zig.“ sind die von verschiedenen Zeitungen gebrachten Nachrichten über ein demnächstiges Eintreffen des Fürsten Bismarck in Berlin trotz der Bestimmtheit, mit der sie auftraten, nicht begründet.
Der „Westf.-Zig.“ schreibt man aus Berlin: Die Gerüchte von dem bevorstehenden Eintreffen des Fürsten Bismarck haben zu dem durchaus vortheilhaften Schluß geführt, als ob die Kanzlerfrage erledigt sei, und daraus hin ist denn eine Reihe von Personalveränderungen innerhalb des preussischen Staatsministeriums combinirt worden, welche dem gläubigen Leser als neueste Realitäten aufgetischt werden. Selbstverständlich ist das eitel Dank. Die Kanzlerkrise dürfte überhaupt einen so acuten Verlauf nicht nehmen; falls nicht werden die praktischen Ergebnisse derselben vor dem Schluß der Landtagssession oder vielmehr vor dem Zusammentritt des Reichstages ans Licht kommen. Als nächster Termin für die Dauer der Landtagssession wird Ende Januar bezeichnet.
Der „Magd. Zig.“ schreibt man aus Berlin: Wiederholt tauchen Gerüchte auf oder werden hier oder da sogar mit größter Bestimmtheit Nachrichten in die Welt geschickt, welche Veränderungen in den Hauptämtern des Reiches und im preussischen Ministerium vermelden und den oder jenen Vollen bereits mit bekannten politischen Persönlichkeiten, welche meistens der nationalliberalen Partei angehören, befehen. Das Publicum kann allen diesen, meist mit außerordentlichem Reichthum in die Welt gesetzten Nachrichten nicht misstrauisch genug entgegenzutreten. Augenblicklich befinden wir uns noch innerhalb der Krise, und wenn auch Grund vorhanden ist, jetzt mit mehr Zuversicht als noch vor zwei Wochen dem Ausgange dieser Krise entgegenzusehen,

wenn es immer mehr den Anschein gewinnt, daß der Staatsmann, welcher das deutsche Reich, geführt auf das großherzige Vertrauen unseres Kaisers, begründet konnte, auch ferner in Stande sein wird, seinem erlauchten Monarchen weiter zu dienen, so liegen doch bis heute in dieser Beziehung noch keine feststehenden Thatsachen vor, sondern lediglich begründete Conjecturen, daß die Einnahme der Hofintriganten in dem von ihnen heimlich angeführten Streite den Kürzeren gehen und das ehrliche, offene und mannhafteste Wort erprobter Diner von ausschlaggebendem Gewicht bleiben wird. Bei diesem Kampfe mit heimlichen Feinden und hinter dem Rücken angepöbelten Ränken ist dem Kanzler wesentlich Stütze gewesen das nationale und liberale Element der gesammten Volks- und der Presse- und im Parliamente. Der misglückte Versuch einer deutsch-conservativen Partei, der mit so großem Aplomb in die Welt trat, ist jetzt so weit gerichtet, daß nun das lomische Element dieses Reiches mehr in den Vordergrund tritt und unbefangener gemessen werden kann, als das noch vor der lächerlichen Culturlampfede des Landraths v. Reper-Karlsruhe der Fall war. Es versteht sich von selbst, daß im Falle der Kanzler sein höchst Amt wieder mit allen Machtbefugnissen aufnimmt, die Regierung sich wesentlich auf diese erprobten nationalen Elemente stützen wird, welche in allen Kreisen dem Staatsgedanken, wie er seit 1870 im Großen und Ganzen durch den Fürsten Bismarck repräsentirt worden ist, treu und ohne Wanken zur Seite stand. Wer sich aber schon jetzt damit beschäftigt, alle möglichen Kräfte und Würden unter die Korympfen dieser Partei zu vertheilen, und die Namen Dreyer zu nennen, welche den oder jenen Vollen in Bekant bescheiden sollen, der giebt sich — gelinde gesagt — eine sehr unfruchtbare Mühe, die er besser bis auf Weiteres unterlasse. Die Zeit ist immer noch zu ernst dazu, als daß man sich mit unsicheren Gerüchten und Sensationsnachrichten zu veranlassen Anlaß hätte.
Officiell wird geschrieben: Mit Recht ist davor gewarnt worden, die Angelegenheit des Präsidenten Herrmann sensationell aufzubauhen, indem man sie mit politischen Fragen in Zusammenhang brachte. Noch bis in die letzten Tage war sie noch gar nicht Gegenstand amtlicher Erörterung geworden. Nach lag gar kein Grund vor, sie als prinzipielle Frage zu behandeln und jedenfalls wird bei Regelung derselben dem Cultusminister die constitutionelle Stellung in vollem Umfange gewahrt bleiben. Nach die Gerüchte über Veränderungen in den höchsten Verwaltungstellen sind lediglich Conjecturen, wie schon daraus erhellt, daß sie mit einander im Widerspruch stehen. Von einer Entscheidung in Betreff des Ministeriums des Innern ist zur Zeit keine Rede; was aber das Finanzministerium betrifft, so ist unklar erst daraus zu erkennen, woran die Gerüchte über einen eventuellen Wechsel in der Person seines Chefs anknüpfen könnten.
Es wird von zuverlässiger Seite bezeugt, daß augenblicklich Unterhandlungen mit dem Unterstaatssecretair Sydow im Cultusministerium wegen Uebernahme des Präsidiums im Ober-